



Ausgabe 4/2010

11. November 2010

Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

So nicht, Herr Ministerpräsident

Erwartungen der Bayer. Polizeibeamten werden im Würgegriff des Haushalts erstickt!

Die Wirtschaft brummt! Bayern als einziges Bundesland mit 3,.. % bei den Arbeitslosenzahlen. Die Steuern sprudeln, und laut Bundeskanzlerin und Ministerpräsident muss das auch beim Bürger ankommen. Stopp! Arbeitnehmer ja – Beamte nein. Die Erkenntnis der Regierungskoalition CSU/FDP in Bayern verordnet seinen Beamten, auch seinen Polizeibeamten/innen, eine Nullrunde für 2011.

Das Fiasko bei der Bayerischen Landesbank zeigt Spuren. Der Knüppel trifft uns, die Polizei, obwohl unsere Wirtschaftsermittler bei Nachfrage einiges verhüten hätten können. Wir sind doch wohl wahrlich gebeutelt genug. Eine verordnete Polizeireform der Staatsregierung, die mehr Polizei auf die Straße bringen sollte. Tatsächlich war nicht ein Mann oder eine Frau mehr im Streifendienst zu finden. Mit der Erhöhung der Wochenarbeitszeit von 38,5 auf 42 Stunden waren wir in

Bayern der Vorreiter der Nation. Der Wegfall von über 1200 Stellen war die Folge. In 2008 (ein Wahljahr) begründete man einen Teil der verfehlten Personalpolitik

Leistung zählt, sondern die zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel. Ach ja, das kommt ja noch oben drauf. Ab 1.1.2011 haben wir ein neues Beamtenrecht in

Bayern. „Jeder kann Präsident werden und Leistung wird belohnt.“ Wer die alten Gesetze und Verordnungen kannte, spricht nun nur noch vom „alten Wein in neuen Flaschen.“ Die Gewerkschaft der Polizei fordert eine gerechte Bezahlung für seine Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Gerade im größten Aufschwung seit 20 Jahren werden wir ein Sonderopfer nicht hinnehmen. Eine glaubwürdige Politik würde seine Versprechen gerade denen gegenüber halten, die tagtäglich für die demokratische Freiheit ihren Kopf hinhalten. Wir garantieren die Sicherheit der Bürger. Garantieren Sie unsere Zukunft!

ZUR ERINNERUNG:

Gewerkschaft der Polizei

top@ktuell

landesbezirk@gdpbayern.de eMail-News 30/2010

GdP sieht Nullrunde als falsches Zeichen

Bei einer Klausurtagung der Bayerischen Staatsregierung am vergangenen Wochenende wurde eine Nullrunde für die Bayerischen Beamten beschlossen.

Dies wird die GdP nicht hinnehmen!

- Bayerns Polizeibeamte haben schon in der Vergangenheit genügend Opfer gebracht. Es darf nicht sein, dass die Staatsdiener stets als erste herhalten müssen
- Bayerns Polizeibeamte halten jeden Tag, oder bei geschlossenen Einsätzen wie derzeit in Gorleben, ihre Köpfe gegen eine zunehmend aggressivere Gesellschaft hin und müssen unliebsame Entscheidungen der Politik verteidigen
- Bayerns Polizeibeamten wurde die Rücknahme der 42-Stunden-Woche versprochen, die nun aber erst 2013 kommt und nun mit weiteren Einschnitten einhergeht
- Bayerns Polizeibeamte müssen, wie alle anderen Arbeitnehmer auch, an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilnehmen dürfen, so wie es auch im neuen Dienstrecht verankert ist



GdP - Verhandeln führt zum Erfolg

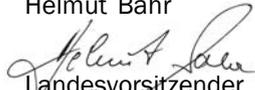
V.i.S.d.P.:

Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Bayern
Satz und Layout: Markus Wimmer
E-Mail: wimmer@gdpbayern.de
Telefon: 089/578388-50
Telefax: 089/578388-9050

mit der Ausweisung von zusätzlich 1000 Stellen im Doppelhaushalt 2009/2010. Ca. 3000 Bayerische Polizisten/innen sind beförderungsfähig. Aber nicht die

Mit freundlichen Grüßen

Helmut Bahr


Landesvorsitzender



22. Landesdelegiertentag der Gewerkschaft der Polizei Bayern Helmut Bahr zum neuen Vorsitzenden gewählt



Die Teilnehmer der lebhaften Podiumsdiskussion zum Thema „Keine Gewalt gegen Polizeibeamte“ v.l.: der ehemalige Landesvorsitzende Harald Schneider, der stv. Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut, der Moderator des Bayerischen Rundfunks, Oliver Bendixen, Innenminister Joachim Herrmann und Kollege Axel Goller, der die Zuhörer mit seinen Schilderungen seiner Geschichte in den Bann zog.

Anfang November fand der 22. Landesdelegiertentag der Gewerkschaft der Polizei Bayern im Kolpinghaus in Regensburg statt. Knapp 300 Delegierte waren aufgerufen, über die gewerkschaftspolitischen Ziele personelle Aufstellung der GdP in Bayern abzustimmen. Dabei wurde über mehr als 150 Anträge beraten, diskutiert und abgestimmt. Außerdem waren der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand, der Landesbezirkskontrollausschuss und die Kassenprüfer neu zu wählen.

Thematischer Schwerpunkt des Delegiertentags, der unter dem Motto „Sicherheit ist nicht alles – aber alles ist nichts ohne Sicherheit“ stand, war die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeamte. Zu diesem Thema fand eine Podiumsdiskussion unter der Moderation von Oliver Bendixen, Redakteur des Bayerischen Rundfunks, statt. Neben Innenminister Joachim Herrmann waren der stv. Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut und der amtierende Landesvorsitzende von Bayern, Harald Schneider, vertreten.

Als unmittelbar Betroffener schilderte Axel Goller von der PI Kitzingen in ein-

druckvoller Art seine leidvollen Erfahrungen. Im März 2009 wurde er bei einem Einsatz in einer Spielothek ohne Vorwar-



Das Bild zeigt den neuen Vorstand v.l.n.r: Jürgen Schneider, Peter Schall, Christl Kern, Carsten Lindemann, Landesvorsitzender Helmut Bahr, Martin Lehner, Heike Wünsch, Wolfgang Ligotzky, Karin Peintinger, Herbert Kern

nung mit einem gläsernen Aschenbecher beworfen und am Kopf getroffen. Er machte auf erschreckende Art deutlich, wie aus einem „harmlosen“, alltäglichen Einsatz ein Kampf ums Überleben wird. In diesem

Zusammenhang forderte Bernhard Witthaut einen verbesserten rechtlichen Beistand durch den Dienstherrn. Im weiteren Verlauf der Diskussion wurde das Thema „Namensschilder für Polizeibeamte“ aufgegriffen. Innenminister Herrmann machte deutlich, dass eine Einführung von Namensschildern nicht geplant ist. Er prangerte an, dass gerade in den Bundesländern, die die meisten Übergriffe gegen Polizeibeamte verzeichnen, die Diskussion über die Einführung von Namensschildern am lautesten geführt wird. Nach Aussage des Innenministers denunziert dies die Polizei und erweckt den Eindruck, dass die Gewalt von der Polizei ausgeht. Hier erneuerte Witthaut die Forderung der GdP nach Einführung des § 115 StGB. Mehr Informationen zum neuen Landes-

vorsitzenden sowie den neuen GLBV-Mitgliedern gibt`s in der Deutschen Polizei 12/2010.



Belastungen des Castor-Transports müssen belohnt werden

Der Castor-Transport ist wieder einmal vorüber und die Einsatzkräfte aus Bayern, die im Wendland eingesetzt waren, sind seit kurzem wieder zu Hause. Wieder mussten unsere Kolleginnen und Kolle-



gen grenzwertige Erfahrungen machen, auf die sie gerne verzichtet hätten. Unser GdP-Personalrat vor Ort beschrieb die Situation vor Eintreffen der Castor-Transports treffend wie folgt:

„Der Castor kommt... bis dahin sind es vermutlich vier Nachtschichten mit jeweils 16 Stunden Dienstzeit bei überwiegend regnerischem und nasskaltem Herbstwetter. Am Tag des Straßentransportes werden es (wie immer) für einige Einsatzkräfte mehr als 24 Stunden Dienst am Stück sein.

Ein überaus kräftezehrender und harter Einsatz, der von jedem BiE bis zum Einheitsführer das letzte fordert und keinerlei Ablenkung oder Freizeitmöglichkeiten bietet. Man kann als Bayer. Staatsregierung nicht auf der einen Seite eine Dienstrechtsreform mit leistungsgerechter Bezahlung der Beschäftigten in Bayern einführen und auf der anderen Seite seine

bayerischen Einsatzkräfte im Regen stehen lassen und sagen, dass die Zeit im Container der Zeit auf dem heimischen Sofa gleichzusetzen ist.“

Die GdP fordert daher für die eingesetzten Kräfte eine 1:1-Vergütung, einen Tag Dienstbefreiung als Ausgleich für die enormen Strapazen sowie Leistungsprämien als Anerkennung für diesen Einsatz unter widrigsten Umständen.

Landesvorsitzender Helmut Bahr kritisiert die allgemeine, zunehmende Belastung der Einsatzkräfte im ganzen Bundesgebiet. „Wir müssen ständig unausgeglichene politische Entscheidungen durchsetzen und sind dabei immer die Buhmänner. Die Belastung für

die eingesetzten Beamten ist enorm, sowohl in psychischer wie physischer Hinsicht. Die Einsätze von geschlossenen Einheiten der Polizei haben zugenommen und das Demonstrationspotential steigt weiter an“, so Bahr.

Als „Fanal fataler politischer Irrfahrten“ bezeichnete der GdP-Bundesvorsitzende

Konrad Freiberg den Atommülltransport in das niedersächsische Zwischenlager Gorleben. Freiberg: „Es war ein großer politischer Fehler, den mühsam errungenen Atomkonsens aufzukündigen und es ist ein weiterer politischer Fehler, die Polizei über Jahre hinweg immer weiter personell zu schwächen. Ich fordere die Bundesregierung und die Länder auf, diese fatalen Irrfahrten zu korrigieren.“ „Die Polizei“, so Freiberg, „sehe sich immer mehr in die Rolle des Erfüllungsgehilfen politischen Machterhalts gedrängt.“

Helmut Bahr, Freiberg sowie dessen Stellvertreter Bernhard Witthaut, zugleich niedersächsischer GdP-Vorsitzender, drückten indes den Einsatzkräften ihren Dank und ihren höchsten Respekt für die erbrachte Leistung aus. Bahr: „Dieser Einsatz, der allen eingesetzten Kräften bis auf die Knochen zugesetzt hat, muss in dieser Größenordnung ein einmaliger blei-



ben. Die Reserven sind aufgebraucht und jetzt ist höchstens eine kleine Verschnaufpause möglich, bevor es in das nächste Fußball-Wochenende geht.“



Dienstrechtsreform bringt neue Richtlinien

Von Peter Schall, stv. Landesvorsitzender

Nachdem die Dienstrechtsreform in Bayern zum 01.01.2011 in Kraft tritt, sind derzeit die Ministerien dabei, für ihre Bereiche die entsprechenden neuen Laufbahnverordnungen „zu stricken“. Für die Fachlaufbahn „Sicherheit“ aus Polizei und Verfassungsschutz liegt nun ein entsprechender Entwurf einer LbVPolVS vor, der die bisherige LbVPol ablöst. Auch die Beförderungsrichtlinien werden derzeit erarbeitet, auch hier wurde den Berufsvertretungen ein erster Entwurf zur Stellungnahme übermittelt. Was ist neu?

Der prüfungsfreie Aufstieg entfällt zukünftig, da infolge der einheitlichen Leistungslaufbahn kein Laufbahnwechsel mehr stattfindet, zudem die klassische Unterteilung Mittlerer, Gehobener und Höherer Dienst entfällt. Die Kollegen/-innen des Mittleren Dienstes gehören der sog. Zweiten Qualifikationsebene (QE) an, ihre Laufbahnprüfung berechtigt zukünftig für Beförderungen bis einschließlich A 11. Damit sind auch die bayernweite Rangzahl für den prüfungsfreien Aufstieg sowie die unterschiedlichen Aufstiegsgruppen Vergangenheit. Im Zusammenhang mit der Beförderung zum A 11 haben die polizeilichen Berufsvertretungen gefordert, zukünftig die bayernweite Rangzahl für diese Beförderung anzuwenden. Denn es zeigt sich, dass es innerhalb der verschiedenen Verbände aufgrund des unterschiedlichen Altersaufbaus sowie des jeweiligen eigenen Stellenhaushaltes sehr unterschiedliche Entwicklungen gibt. Während z.B. bei einem PP derzeit überhaupt keine Beförderungen nach A 11 möglich sind, „marschieren in einem anderen PP die Kollegen durch“. Damit ist die Beförderung in das Spitzenamt der 2. QE nicht von der Leistung, sondern von der jeweiligen Stellensituation abhängig

– dies widerspricht aber völlig dem Leistungsgedanken. Der Aufstieg in den Gehobenen Dienst (3. QE) über das Studium an der BayFHVR gilt als sog. Ausbildungsqualifizierung und erfolgt wie gewohnt.

Die bisherigen Altersgrenzen bleiben im wesentlichen unverändert – also das 43. Lebensjahr für die Beförderung zum A9+Z sowie die sog. Altersbeförderung im bisherigen Gehobenen Dienst (nun in der 3. QE) mit 57, allerdings überprüft das Finanzministerium sämtliche Altersgrenzen in beamtenrechtlichen Vorschriften hinsichtlich des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG).

Für den Aufstieg in den Höheren Dienst (zukünftig die 4. QE) wurden die Grundvoraussetzungen etwas modifiziert – die Altersgrenze von 40 auf nun 42 angehoben (auch vor dem Hintergrund der Verlängerung der Lebensarbeitszeit) und der Kreis der möglichen Aspiranten vom ersten auf das zweite Fünftel ausgeweitet. Für die modulare Qualifizierung (bisheriger prüfungserleichterter Aufstieg) sind

nun drei Fortbildungsmaßnahmen mit insgesamt max. 15 Tagen Dauer sowie jeweiliger erfolgreicher Teilnahme vorgesehen, bevor der Kandidat in das Prüfungsgespräch beim StMI geht. Während das StMI daran festhält, dann wie bislang das Amt A 13 – Polizeirat - zu vergeben, fordert die GdP nach Durchlaufen dieses doch etwas anspruchsvolleren Aufstiegsverfahrens die Ernennung zum A 14.

Hinsichtlich der mit dem Leistungslaufbahngesetz geforderten Mindestleistung für weitere Vorrückungen in den Stufen der Besoldungstabelle liegt inzwischen auch ein erster Entwurf vor – beim 16-Punkte-Beurteilungssystem reichen bereits 3 Punkte in der Beurteilung aus, die jeweilige Vorrückung nach dem Dienstalder zu erhalten. Als „großen Wurf“ kann man dies sicher nicht bezeichnen, auch wenn das Leistungslaufbahngesetz laut Landtag „das Filetstück“ der Dienstrechtsreform ist. Für die GdP begleiten Ernst Ziegenheim, Peter Schall und der Fachausschuss Beamtenrecht die weitere Ausgestaltung des neuen Beamtenrechts.

Für Gerechtigkeit und gegen die unsoziale Politik der schwarz-gelben Bundesregierung

Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften rufen auf:

Kommt am 13.11. zur Großkundgebung auf den Kornmarkt in Nürnberg! Beginn 12.00 Uhr.

Hauptredner: Matthias Jena, Vorsitzender DGB Bayern • Jürgen Wechsler, Bezirksleiter IG Metall Bayern • Nadine Fink, DGB-Jugend Bayern
Dr. Dorothea Deneke-Stoll, Präsidentin Landessynode der Evangelischen Kirche in Bayern





Volles Haus Veranstaltung der BG Oberbayern Nord zum Thema „Afghanistan“

Nachdem Bayerns Polizisten nun auch am Hindukusch im Einsatz sind und allgemein angesichts der steigenden Zahl an getöteten und verletzten jungen Bundeswehrosoldaten/-innen die gesellschaftliche Diskussion zu Sinn und Zweck des Afghanistan-Einsatzes generell kontrovers verläuft, war dies Anlass für die BG Oberbayern-Nord, einen Vortrag zu diesem höchst aktuellen Thema zu veranstalten. Mit dem stv. KG-Vorsitzenden der KG Holledau, Andreas Aichele, der

zugleich als örtlicher Vorsitzender von „Round-Table“ Ingolstadt den Referenten Dr. Erös für diesen Abend gewinnen konnte und das Vereinsheim zur Verfügung

gesprochenen Paschtun beherrscht. Wie will man erfolgreich sein, wenn man weder die Kultur, die örtlichen Strukturen noch die Menschen akzeptiert. Ein einfaches

„Überstülpen“ westlicher demokratischer Strukturen für dieses Land führt unweigerlich zum Scheitern des Einsatzes.

Für den afghanischen Polizeibeamten gilt zudem eine durchschnittliche Überlebensdauer von 18 Monaten – man kann sich vorstellen, welches

Neufassung der Anzugsbestimmungen

Der HPR hatte in seiner Sitzung vom 10. November über die Neufassung der Anzugsbestimmungen für die Bayer. Polizei zu befinden. Bei genauer Durchsicht des vorgelegten Entwurfs wurde von der GdP-Fraktion im HPR festgestellt, dass in der Grundausrüstung Kleidungsstücke aufgeführt sind, die die Kolleginnen und Kollegen des uniformierten Dienstes verpflichtend vorzuhalten haben. In der Vergangenheit war bei vielen Einstellungsjahrgängen die Erstausrüstung so dürftig konzipiert, dass bestimmte Kleidungsstücke, wie z.B. Lederjacke und „Blouson moosgrün“ nicht ausgegeben wurden. Wenn die Anzugsbestimmungen in der vorgelegten Form in Kraft getreten wären, müssten viele Kolleginnen und Kollegen auf einen Schlag einige hundert Euro in die Dienstkleidung investieren. Da dies den Mitgliedern des HPR als nicht zumutbar erschien, wurde den vorgelegten Anzugsbestimmungen nicht zugestimmt. Die eindeutige GdP-Forderung lautet: entweder die Kolleginnen und Kollegen nachrüsten oder Verzicht auf Bereithaltungspflicht in der Grundausrüstung.



Dr. Erös bei Entgegennahme eines Spendenschecks aus den Händen von BG-Vorsitzenden Peter Schall und Round-Table-Vorsitzendem und Stv. KG-Vorsitzenden Andreas Aichele

stellte, begrüßte BG-Vorsitzender Peter Schall die 67 Zuhörer/-innen und führte kurz in das Thema ein.

Dr. Erös, ein ehemaliger Bundeswehr-Stabsarzt, ist seit 1976 in diesem vom Krieg geschundenen Land aktiv und hat mit seiner „Kinderhilfe Afghanistan“ eine von privaten Spendengeldern getragene Hilfsorganisation gegründet, die inzwischen über 60 Schulen betreibt und zudem medizinische Versorgung für die Bevölkerung anbietet. Man merkte ihm sein Engagement für dieses Land und seine Menschen an, als er Historie, Land und Leute vorstellte. Die Bundeswehr und jetzt auch die Polizeimission kann seiner Ansicht nach nur dann erfolgreich sein, wenn man sich an den örtlichen Gepflogenheiten orientiert und insbesondere auch zumindest einen Grundwortschatz im hauptsächlich ge-

Personal zu diesen Bedingungen zu bekommen ist. 85 % der Bevölkerung sind ohnehin Analphabeten – derjenige, der etwas qualifiziert ist, ist also entweder ohnehin ausgewandert oder arbeitet bei einer der internationalen Organisationen. Deshalb ist die sicher gut gemeinte Ausbildung von einheimischen Polizisten letztlich nur eine Ausbildung im Marschieren und dem Waffengebrauch – mehr ist einfach nicht drin, so Dr. Erös. Zudem fehlen ja völlig die notwendigen Strukturen von Sicherheitsbehörden und vor allem ist auch eine funktionierende Justiz in keinsten Weise vorhanden.

Ein höchst interessanter Vortrag mit Informationen, die uns die Politik leider vorenthält. Leider verging die Zeit wie im Fluge, so dass nur wenige Fragen beantwortet werden konnten.